

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidenschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Rasmus Andresen (Flensburg KV)

Änderungsantrag zu V-26

Von Zeile 61 bis 67:

Zehnfache. Doch die deutsche Bundesregierung hält am 1-Prozent-Ziel als Anteil am ~~europäischen Bruttoinlandsprodukt~~ Brutto National Einkommen (BNE) für den europäischen Haushalt fest, und möchte an den Ausgaben aber auch nichts ändern. Gleichzeitig trägt die Bundesregierung in der EU zur Blockade wichtiger Maßnahmen gegen Steuerdumping bei, die einen größeren EU-Haushalt gegenfinanzieren könnten. ~~Das bedeutet de facto: keine Investitionsoffensive.~~ Wir fordern die Deutsche Bundesregierung auf für ~~das~~ mehr europäische Investitionen in Klima, ein Nein zu von Digitalisierung und Zusammenhalt einzustehen und das 1% Ziel bei den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen aufzugeben. Die Bundesregierung schadet mit ihrer Hardliner Position der Leyens Programm Europäischen Union. Wer den EU Haushalt zusammenkürzen will wird die Klimakrise nicht stoppen und verschärft die soziale Spaltung auf unserem Kontinent.

Wir Grüne wollen ~~x, y~~ in einem ersten Schritt 1,3% BNE für den EU Haushalt ~~(ZIEL hier einfügen, auf das sich die BDK im Bauantrag einigt)~~ bereitstellen und den EU Haushalt durch eigene Einnahmequellen (Digitalsteuer, Flugticketabgabe, CO2 Grenzsteuer) unabhängig machen.

Begründung

Wir sollten in der Positionierung zum Finanzrahmen und der Kritik an der Position der Bundesregierung klar sein und unsere Positionierung schärfen. Die Investitionsbedarfe in der EU sind so hoch, dass die Position des Europäischen Parlaments 1,3% des BNE bereitzustellen deutlich realistischer ist, als die Position von Kommission oder Rat. Gleichzeitig sollten wir als Grüne weiter dafür arbeiten, dass der EU Haushalt perspektivisch nicht von den Beiträgen der Mitgliedsstaaten abhängig ist, sondern sich aus eigenen Steuereinnahmen speist.

weitere Antragsteller*innen

Michael Bloss (KV Stuttgart); Astrid Rothe-Beinlich (Erfurt KV); Sven Lehmann (KV Köln); Hannah Marie Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Bruno Hönel (KV Lübeck); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Ian Arne Winkler (KV Flensburg); Agnes Fuge (KV Frankfurt); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Jasper Balke (KV Lübeck); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Oliver Edgar Münchhoff (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Miriam Dahlke (KV Frankfurt); Jakob Ache (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Alexandra Geese (KV Bonn); Ann-Kathrin

Tranziska (KV Pinneberg); Tilmann Schade (KV Kiel); Malte-Jannik Krüger (KV Steinburg); sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.